Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. Mai 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Vom Werden des Dritten Reiches.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtags hat an das Reichsinnenministerium eine Denkschrift über die Ausübung der Polizeigewalt im Freistaat Braunschweig gerichtet. Diese Denkschrift gibt einen umfassenden Ueberblick über die Methoden, mit deren Hilfe die Nationalsozialisten dort, wo ihnen die Polizeigewalt in die Hand gefallen ist, an der Herbeiführung des Dritten Reiches arbeiten. Die Denkschrift schildert ausführlich die Behandlung der Presse durch einen nationalsozialistischen Minister, die Zeitungsverbote gegenüber der republikanischen Presse auf der einen Seite, die Duldsamkeit gegenüber den wüstesten Ausschreitungen der Nazipresse auf der anderen Seite. Diese Dinge sind hinlänglich bekannt. Dass dies Verhalten zum guten Teil rechtswidrig war, ist inzwischen authentisch festgestellt worden, teils vom Reichsinnenministerium selbst, teils vom Reichsgericht.

In derselben Linie liegt die einseitige Handhabung des Umzugs- und Versammlungsverbotes durch den nationalsozialistischen Minister Klagges, die Behinderung der Wahlarbeit für Hindenburg bei der Präsidentenwahl in Braunschweig und das Verbot der Maikundgebungen der Arbeiterschaft.

Die Denkschrift schildert weiter ausführlich unter Ausbreitung von Beweisen die terroristischen Methoden der Nationalsozialisten im Lande Braunschweig, das Treiben der SA und ihrer sogenannten Ueberfallkommandos, die Rolle, die die SA-Kaserne und vor allem die Naziführerschule in Kreiensen dabei gespielt haben. Sie gibt zugleich aber auch Aufschluss auf die Frage, die angesichts dieser Vorkommnisse jedermann im Reich stellte: Wo war bei all diesen Ausschreitungen die Polizei?

Der Einfluss des nationalsozialistischen Regimes auf die Polizei bildet den Kern dieser Denkschrift. An der Hand ausführlichen Materials wird nachgewiesen, wie die Polizei systematisch ausgeschaltet und gehemmt wurde, wie das staatliche Machtmittel seiner Schlagfertigkeit beraubt wurde, während auf der anderen Seite das Bandenwesen der SA immer weiter um sich greifen konnte. So kam es, dass die republikanische Bevölkerung sich dem Terror der Bürgerkriegsbanden ausgesetzt sah, während ihr zugleich der Schutz des Staates gegen terroristische Gewalttaten entzogen war. Ueber diese Methode enthält die Denkschrift ausserordentlich gravierende Angaben und Hinweise. Wir greifen daraus einige Fälle heraus.

Da ist zunächst der Fall des Polizeiwachtmeisters Bähre. Er begleitete im Februar 1931 einen Zug der Nationalsozialisten. Als er sah, dass ein SA-Mann auf einen Passanten einschlug, versuchte er den Namen des Schlägers festzustellen. Dabei wurde er von den SA-Leuten getreten und bedrängt. Ein SA-Führer trat auf ihn zu und erklärte ihm, dass er kein Recht zur Festnahme habe, der Minister - es war damals noch Franzen - habe Anweisung gegeben, dass keine SA-Leute festgenommen werden dürften! Vorgänge ähnlicher Art haben sich unter Minister Klagges mehrfach wiederholt. Regelmässig drohten die Schlägerkolonnen

der SA beim Einschreiten von Polizeibeamten, sie würden die Beamten zur Meldung bringen, sie wären dann am längsten Beamte gewesen.

In der Tat musste jeder Polizeibeamte, gegen den eine solche Beschwerde erging, damit rechnen, dass er aus dem Dienst flog! Der Polizeiwachtmeister Schuh verhinderte mit blanker Waffe einen Haufen von SA-Leuten, auf eine Menschenmenge einzuschlagen. Die SA-Leute beschwerten sich bei Klagges, darauf wurde der Polizeiwachtmeister am 31.Januar 1932 aus dem Polizeidienst fristlos entlassen, weil er "schwer gegen die Manneszucht und das Ansehen der Polizei verstossen" habe. Von seinen Vorgesetzten erhielt Schuh beim Abgang ein glänzendes Dienstzeugnis, in dem ihm bescheinigt wurde, dass er sich zur vollsten Zufriedenheit seiner unmittelbaren Vorgesetzten geführt habe!

Der Polizeiwachtmeister Eine wurde beschuldigt, dass er sich privatim geäussert habe: "Wenn ich mich erst beim Ueberfallkommando befinde, will ich meine Wut schon an den verfluchten Braunhemden auslassen." Er wurde fristlos entlassen, ohne dass es ihm möglich war den Namen des Denunzianten zu erfahren. Als der Minister im Landtag gestellt wurde, erklärte er, es sei nicht erforderlich den Namen des Zeugen zu nennen, oder den Zeugen dem beschuldigten Polizeiwachtmeister gegenüberzustellen.

In der staatlichen Polizeischule in Holzminden werden systematisch Anwärter aus ausserbraunschweigischen Gebieten bevorzugt, ein Teil der Neueingestellten ist der SA entnommen worden! Die nationalsozialistischen Polizeischüler betätigen sich ganz offen für die nationalsozialistische Partei. In welcher Weise der Unterricht erfolgt, zeigt ein Diktat, das der nationalsozialistische Leiter der Schule in einem Kurs der Wachtmeister gegeben hat. Es hiess darin:

"Daher wird ein Staat, der selbst eine Achtung gebietende Macht darstellt sich niemals mit einem Volk verbünden, dessen diplomatische und politische Leistungen seit Jahren ein Bild jämmerlichster Unfähigkeit und pazifistischer Feigheit darstellen."

Derartige Beleidigungen der offiziellen Politik des Reiches können in der braunschweigischen Polizeischule unter dem Regime des Ministers Klagges ungerü geschehen! Die Fülle des Materials, das in dieser Denkschrift ausgebreitet wir beweist auf das Deutlichste, dass die Art und Weise, wie das nationalsozialist sche Regime in Braunschweig sich gegenüber der Polizei verhält, schwerlich mit den Grundsätzen für die Beteiligung des Reiches an den Posten der Schutzpolize der Länder in Einklang gebracht werden kann. Die Denkschrift erhebt eine aussererordentlich schwere Anklage gegen die verantwortlichen Stellen. Das Reichsinnenministerium wird an dieser Anklage unmöglich vorbeigehen können! Vor alle aber zeigt diese Denkschrift der gesamten Öffentlichkeit, nach welchen Methoden das dritte Reich ins Leben gerufen werden soll. Sie ist eine eindringliche Warnung vor allen Experimenten, bei denen nach dem Beispiel Braunschweigs auch in Preussen und damit im grössten Teil des Reiches die Polizei den Nationalsozialisten ausgeliefert werden würde!

SPD. Bukarest, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Laufe des Donnerstag und Freitag überreichten die Gesandten Frankreich Englands, Belgiens, der Schweiz und Schwedens dem rumänischen Aussenministerium gleichlautende Noten, deren Inhalt in Verbindung mit dem Untersuchungsergebnis der französischen Finanzsachverständigen stehen soll, die den rumänischen Staatshaushalt und die Finanzverwaltung kontrolliert haben. Die Finanzsachverständigen sollen festgestellt haben, dass die Verwendung der Anleihemittel aus der Stabilisierungsanleihe nicht protokollmässig verwandt worden sind, was die Länder, welche die Anleihe gegeben haben, zu diesem Protestschritt veranlasst hat.

SPD. Die Vorstände des ADGB. und des Afa=Bundes haben in gemeinsamer Beratung nochmals zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen. In der Besprechung der Gewerkschaften am 18.d.Mts. mit der Reichsregierung hatten sie bereits die Notwendigkeit betont,die Arbeitslosenversicherung ihrer Art und ihrem Umfange nach zu erhalten und insbesondere vor den Plänen gewarnt, eine Bedürftigkeitsprüfung einzuführen oder die Leistungen nach Höhe oder Dauer herabzusetzen. Sie hatten ferner die Zusammenlegung von Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung empfohlen, gegen die drohenden neuen Verschlechterungen der Invaliden= und Angestelltenversicherung Verwahrung eingelegt, wie sie sich überhaupt gegen jeden Abbau der Sozialversicherung wehrten. Mit grösster Eindringlichkeit hatten sie dagegen die alsbaldige Einleitung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung als das einzige Mittel gefordert,um der gegenwärtigen Not erfolgreich zu begegnen.

Die Regierung konnte damals nur ungenügende Zusicherungen geben,da das Kabinett seine Beratungen noch nicht abgeschlossen habe. Immerhin bestünde innerhalb der Regierung Einigkeit über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Daher solle die beabsichtigte Prämienanleihe alsbald aufgelegt werden. Dieses Versprechen ist bisher nicht erfüllt worden. Da über die Sanierung des Sozialetats und der Gemeinden vom Kabinett noch nicht entschieden worden ist,fordern die Vorstände des ADGB. und des Afa=Bundes die Regierung nochmals auf,den gewerkschaftlichen Warnungen Rechnung zu tragen und insbesondere die Arbeitsbeschaffungsanleihe unverzüglich aufzulegen.

Inzwischen hat die Presse über die Absicht der Regierung berichtet,eine Beschäftigtensteuer einzuführen. Die Gewerkschaften halten es für eine selbstverständliche Pflicht aller derjenigen,denen genügendes Einkommen und Besitz vergönnt ist, einen angemessenen Beitrag für ihre arbeitslosen Volksgenossen zu leisten. Aber sie warnen vor allen Plänen, eine unsoziale Trennung der Einkommen je nach ihrer Herkunft vorzunehmen, wie es bereits bei der Einführung der Krisensteuer geschah. Sie lehnen insbesondere den Gedanken ab,eine Beschäftigtensteuer allen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf eine untere wirtschaftlich tragbare Grenze des Arbeitseinkommens aufzuerlegen. Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen muss ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen am Besitz und Einkommen erhoben werden.Bei jeder anderen Regelung würde einmal der Steuerertrag nicht die erforderliche Höhe erreichen,zum anderen eine nur allzu gerechtfertigte Verbitterung der Belasteten gegen die Bevorrechteten Platz greifen und damit die Spannungen innerhalb unseres Volkes abermals verschärfen.

Die Gewerkschaften haben die gleichmässige und gerechte Verteilung der Arbeit durch die Einführung der 40=Stundenwoche gefordert. Sie lehnen weiterhin jegliche neue Belastung der Arbeitslosen durch Kürzung ihrer Versorgung ab und verlangen eine umfassende Arbeitsbeschaffung, um die Erwerbslosen aus der Hoffnungslosigkeit ihres Daseins zu befreien.

SPD. Darmstadt,28.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Tage der letzten Hessenwahlen, dem 15.November 1931, hatten die Nazis von Eberstadt b.Darmstadt auf Anordnung ihres Führers und SA=Kommandanten Josef Buttler in einem dem Wahllokal gegenüber gelegenen Garten,der an eines ihrer Lokale grenzt, eine Hakenkreuzfahne gehisst. Ein Kommunist holt sie unter den Augen der verdutzten SA=Wache herunter. Dann eröffnet ein Teil dieser Fahnengarde über den dichten Bretterzaun hinweg ein rasendes Bombardement mit Stühlen, Latten, Bierflaschen auf die zahlreichen Wähler, Männer und Frauen, teilweise mit ihren Kindern,die vom und zum Wahllokal kommen.Ein anderer Trupp macht unter Führung Buttlers einen wütenden Ausfall auf die Strassenpassanten,

da sich unter diesen aber einige Reichsbannerleute befinden, zieht die SA den kürzeren. Hüben und drüben leichte Verletzungen, sonst verläuft die Sache harmlos. Buttler legt abends auf sein Kopfweh als heilende Kompresse - ein Abgeordnetenmandat.

Am 12. Februar 1932 stehen die Beteiligten vor den Darmstädter Schöffen, Buttler, den man erst aus einer Fraktionssitzung hat herbitten müssen, mit der Pistole in der Hosentasche, ganz Vertreter eines souveränen Volkes. Das Gericht verurteilt ausser dem Kommunisten auch die Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs je zu mehreren Monaten Gefängnis. Buttler erzielt einen Freispruch, weil... ja, weil die Richter die für Landfriedensbrüche mindestens erforderliche Sympathie der werfenden SA. hinter dem Zaun mit dem SA-Stosstrupp vor dem Tore als nicht nachweisbar erkannten.

Buttler ging trotzdem nur als "zweiter Sieger" aus dem Prozess hervor - er wusste es nur noch nicht. Er dachte nämlich nicht daran, dass zahlreiche Zuhörer aufgepasst hatten, als seine Vorstrafen (leise, aber doch vernehmlich) verlesen wurden: zwei und drei Monate Gefängnis wegen wiederholten qualifizierten Diebstahls.

Drei Tage später, am 15. Februar, soll sich Buttler - die böse republikanische Presse hatte nicht geschwiegen - vor seiner Fraktion verantworten. Und da fällt ihm nichts besseres ein, als - Objekt eines Mordanschlages "marxistischer Untermenschen" zu werden. Jedenfalls wird er abends zwischen 7 und 8 Uhr auf der Brücke des den Ort durchfliessenden Modaubaches (seitdem im Volksmunde "Buttler-Brücke") mit einer Schussverletzung unterhalb der rechten Hüfte aufgefunden. Von dem mutmasslichen Schützen hat niemand etwas bemerkt, auch der Getroffene selbst nicht.

Der mysteriöse Fall ist ein gefundenes Fressen für die Nazi-Fraktion. Blut, von Marxisten vergossen, löscht auch die publikste Vorstrafenliste aus. Grosse Kundgebung im Landtag am 16. Februar. Fraktionsführer Lenz proklamiert die Blutschuld "des Marxismus, dem auch Minister Leuschner angehört". Er stellt unter tobendem Beifall seiner Fraktion Selbsthilfe der Nazis "mit Mitteln, die die Mörder und ihre Genossen zur Raison bringen", in Aussicht.

Schon in den nächsten Tagen aber wird es still im Nazilager: Die Kriminalpolizei hat annähernd hundert "tatverdächtige" Personen vernommen, natürlich politische Gegner, aber nach dieser Richtung ohne das geringste Ergebnis. Dagegen wird die Pistole im Bach dicht an der Brücke gefunden: sie passt genau zu dem Geschoss in der Wunde Buttlers. Hervorragende Frankfurter und Darmstädter Sachverständige stellen fest: Absoluter Nahschuss mit Brandfleck auf dem Mantel - Verlauf des Schusskanals schliesst fremde Täterschaft aus - die Ausbauchung der rechten Manteltasche legt den Schluss nahe, dass Buttler die Pistole darin getragen hatte. Der aber leugnet den Selbstschuss.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hand genommen. Staatsanwalt Schlamp arbeitet fieberhaft und unter breitestem Aufwand der Ermittlungstechnik (und der Ermittlungskosten). Ergebnis: nach einem Vierteljahr wird das Verfahren "gegen Unbekannt" eingestellt. Endlich liegt ein Eingeständnis des anderen Eberstädter Nazi-Abgeordneten Kern vor, dass er am 16. November 1931 eine spanische Selbstladepistole gleichen Fabrikats wie die am Tatort gefundene und zweifellos verwendete an Buttler verkauft hat. Auch dieser gibt das schliesslich zu. Weiter erfährt man jetzt aus einer Verlautbarung der amtlichen hessischen Pressestelle, dass die Waffe aus Spanien stammt, von dort über eine Waffenfabrik an einen keine Bücher führenden Händler in Rehau gelangte, der sie verkaufte.

Monatelang hat der Fall den 8000 Einwohner zählenden Ort Eberstadt und seine Umgebung in Aufregung gehalten. An die hundert Einwohner blieben monatelang unter dem Verdacht eines hinterlistigen Mordversuchs. Die hessische Regierung, besonders Innenminister Leuschner, musste sich gefallen lassen, vor breitester Oeffentlichkeit der "Mitschuld" bezichtigt zu werden. Und was

bleibt übrig? Ein Reinigungs- oder Ablenkungsversuch des Abgeordneten Buttler von seinen Vorstrafen mittelst Pulver und Blei. Drei Anklagen wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz, gegen die beiden Abgeordneten Buttler und Kern und gegen den Waffenhändler. Erkleckliche Kosten zu Lasten der Staatskasse, den Buttler wie Kern sind zahlungsunfähig. Was noch? Nun ja, eine unauslöschliche Blamage der hessischen Hitlerpartei und - die Landtags=Neuwahl - Die Säube=rung der Nazi=Fraktion von dieser und noch einer Reihe ähnlicher Belastungen wurde unumgänglich. Und deshalb haben die Vertreter der NSDAP. im Staatsge=richtshof für die Ungültigkeitserklärung der letzten Landtagswahl gestimmt!

SPD. Dresden, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Ein Bankenkonsortium unter Führung der Preussischen Seehandlung in Berlin und der Sächsischen Staatsbank in Dresden hat heute mit dem sächsischen Staat ein Abkommen über die Gewährung eines zweijährigen Kredites von 10 Millionen RM abgeschlossen. Der Kredit soll in der Hauptsache zur Deckung des grössten Teiles der am 1.Juni fällig werdenden sächsischen Schatzanweisungen dienen.

SPD. Dresden, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Heute vormittag erschien ein Trupp Erwerbsloser in einem der Lebensmittel geschäfte des Görlitzer Wareneinkaufsvereins am Freiberger Platz und forderte unter dem Ruf: "Wir haben Hunger" Lebensmittel. Sie nahmen sich verschiedene Lebensmittel und verliessen den Laden, ohne bezahlt zu haben.

SPD. New York, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Präsident Hoover hat das demokratische Programm, das 900 Millionen Dollar für Notstandsarbeiten forderte, in der schärfsten Weise abgelehnt. Der Präside bezeichnet das Programm als einen "beispiellosen Raubzug auf die Bundesfinan=zen". Die Botschaft, die bezeichnend ist dafür, wie wenig Verständnis Hoover den Sozialproblemen entgegenbringt, wendet sich an das Volk und ersucht um Unterstützung gegen solche Pläne, die angeblich den Ausgleich des Bundesbudget gefährden. Diese Haltung der Regierung, die von Wahlrücksichten diktiert ist, vertieft die Gegensätze im Bundeskongress. Es ist jedoch bezeichnend, dass die Krise der Arbeitslosenhilfe von beiden Seiten anerkannt wird und daß ledig lich die Handhabung und Finanzierung des öffentlichen Arbeitslosenproblems umstritten ist.

SPD. Zum Besuch Hitlers auf einem Kriegsschiff erfahren wir: Der Besuch von Nazi-Abgeordneten in Begleitung Hitlers auf einem Kriegsschiff ist nichts Besonderes. So haben am Freitag die sozialdemokratischen Abgeordneten Remmele und Sollmann mehrere Stunden lang die Marinewerft in Wilhelmshaven, die Schleu senanlagen, den in Bau befindlichen Panzerkreuzer B, ein Fischereischutzboot, und den modernsten Kreuzer Leipzig in allen seinen Teilen besichtigt. Sie wur=den vom diensttuenden Korvettenkapitän der Marinewerft begleitet und von allen an Bord der Leipzig befindlichen Offizieren begrüsst, Es wurde ihnen jeder Raum, jede technische Anlage, jede Waffe gezeigt und erklärt.

SPD. Weimar, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Thüringer Landtag verhandelte heute über die Grosse Anfrage der Sozialdemokraten über das Blutblad von Waltershausen. Die Nationalsozialisten, die bisher einen Parlamentsstreik aufführten, waren ausnahmsweise erschienen. Abg. Sauckel (Nat.Soz.) verlangte vor Eintritt in die Tagesordnung, dass der leitende Staatsminister Baum herbeigerufen werden sollte. Der Präsident erwiderte, dass der Staatsminister nicht in Weimar anwesend sei.

Als erster Redner kam der Abg. Brill (SPD) zum Wort, der in einer grosszügigen und temperamentvollen Rede eingehend die Verhältnisse schilderte, die zu einer Auseinandersetzung in Walterhausen geführt haben. Was sich in Waltershausen abgespielt habe, sei der Kampf der Hungrigen gegen die Satten. Auf der Seite der Hungernden ständen alle Arbeiter gleich welcher Parteirichtung sie angehörten bis in die Mittelschichten hinein, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zufrieden sind. Zu den Satten rechnet Reder die Leute, die mit der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zufrieden sind und sich dagegen sträuben, dass eine Änderung eintreten soll. Redner schilderte weiter die ungeheure Arbeitslosigkeit in Waltershausen, die durch die Betriebsstillegung erfolgt ist. Man müsse sich wundern, dass angesichts der grossen Not nicht schon längst Unruhen stattgefunden haben. Die Mehrzahl der Einwohner sei von jeher an Armut gewöhnt. Die Regierung sollte wissen, dass die Waltershausener Einwohner trotz ihrer Armut als Bürger behandelt sein wollen und nicht als Untertanen. In der Bevölkerung dortselbst gebe es einen politischen Freiheitssinn, den man nicht ungestraft verletzen dürfe. In dem ganzen Kreis Gotha gebe es eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Die Hälfte der Gemeinden gehöre selbst nach Meinung des Landrats zu den Notstandsgebieten. Diesen Leuten, die schon seit Jahren bitterste Not leiden, müsse mehr Verständnis entgegengebracht werden. Der Landrat habe vollständig versagt. Wie man bei dieser kargen Unterstützung noch einen 10prozentigen Abzug vornehmen konnte, sei unverständlich. Ein Fürsorgeunterstützungsempfänger mit 2 Kindern unter 14 Jahren erhalte 44 Mark monatlich Unterstützung. Rechnete man die Miete ab, so bleiben höchstens noch 25 Mark übrig. Die Beschaffung von Wäsche, Kleidern usw. habe bei diesen armen Menschen schon längst aufgehört. Für die Frauen dieser Gegend ist die Brotfrage die Hauptsache. Die Wälder seien wie ausgerottet in dieser Gegend. Das alles hätte sich der Landrat vor Augen führen müssen. Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich sofort nach Bekanntgabe der Unterstützungssätze mit der Regierung in Verbindung gesetzt, ohne etwas zu erreichen. Bezeichnend sei, dass der Landrat in Gotha bei der Verhandlung im Ausschuss der Erwerbslosen diesen gegenüber erklärte "Sie können mich totschlagen, Sie können mich zum Fenster hinauswerfen, an der Kürzung der Unterstützungssätze wird nichts geändert." Sonnabend habe der Landrat angeordnet, dass die freiwilligen Spenden nicht auf dem Rathaus von den Beamten ausgezahlt werden dürften. Der Landrat ist deutschnational. Ihn müssen wir zuerst anklagen. Eine nicht gerade rühmliche Rolle bei der Angelegenheit hat Staatsminister Kästner gespielt, der zu wenig Politiker ist. Er hat es nicht verstanden, die Situation zu meistern. Scharf zu verurteilen sind die Massnahmen der Polizeibehörde und vor allem der Führung der Polizei. Die aus der Versammlung strömenden Massen sah die Polizei für einen Umzug an. Ein Offizier und 14 Mann standen den 1400 Menschen gegenüber, die aus der Versammlung kamen. Der Führer dieses Kommandos, Katel gehört zur Bereitschaft von Schmidticel und ist eingetragenes Mitglied der Nationalsozialisten. Der Hauptmann Moischlape ist verantwortlich für die Schiesserei. Der Arbeiter Kaufmann wurde in einer menschenleeren Strasse auf ungefähr 50 m Entfernung erschossen. Der Polizeidirektor Brandt habe es abgelehnt, mit führenden Beamten der Stadt zu verhandeln. Derselbe Herr habe aber in Gotha bereitwilligst mit nationalsozialistischen Führern verhandelt bei der Festnahme von 150 demonstrierenden Nazis! Brandt sei Armeeoffizier gewesen und verstehe von Polizeidienst sehr wenig. Redner verurteilte dann noch die Revolutionsspielerei der Kommunisten.

Zum Schluss fragt der Redner, ob die Regierung bereit ist, die früher gezahlten Unterstützungssätze weiter fortzuzahlen, ob die Schuldigen, die die Schiesserei veranlasst hatten, zur Rechenschaft gezogen werden. Der Landtag solle Verständnis für die verzweifelnde Bevölkerung haben und solle nicht auseinandergehen, bevor nicht die Anträge durch Beschluss im Plenum ihre endgültige Erledigung haben. Nicht Schreie nach Rache und Vergeltung, sondern gerechte Erledigung der Angelegenheit sei am Platze!

Staatsminister Dr. Kästner erklärt auf die grosse Anfrage, dass die Finanzen in Thüringen es nicht erlauben, die Wohlfahrtssätze wie früher in voller Höhe auszuzahlen. Das Reich müsse eingreifen. Unruhen sind seiner Meinung nach auf Anweisung der Kommunisten erfolgt. Thüringen mache da keine Ausnahme sondern Unruhen finden ja auch in den übrigen Teilen Deutschlands statt. Er könne nicht zugeben, dass die Polizei an den Zusammenstössen schuldig sei.

Kommunist Heilmann redet von der Einheitsfront aller Werktätigen von den Kommunisten bis zu den Nazis. Am schwächsten waren die Ausführungen des nationalsozialistischen Redners, der zu den politischen Vorgängen überhaupt nichts zu sagen wusste, sondern sich nur mit den Fürsorgesätzen beschäftigte. Zwei Kommunisten wurden von der Sitzung ausgeschlossen.

SPD. Darmstadt, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Führer der kommunistischen Landtagsfraktion, der ehemalige Lehrer Hammann, wurde Freitag abend in Bauschheim bei Mainz auf dem Weg zu einer Versammlung verhaftet. Hammann hatte vor einiger Zeit, nachdem der kommunistische Bürgermeister Zwilling in Mörfelden abgewirtschaftet hatte und das Gemeindeamt kommissarisch verwaltet werden musste, die Bevölkerung zum Aufruhr aufgewiegelt, war aber in der nächsten Zeit nicht auffindbar. Infolge Wegfalles der Immunität auf Grund der Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen nahm die damals eingeleitete Fahndung nun ihren Lauf. Es ist ein Verfahren der Staatsanwaltschaft wegen Rädelsführerschaft bei jenem Landfriedensbruch eingeleitet worden. Bei aller Hetze, die Hammann damals entfaltete, wird man es in der Bevölkerung wenig verstehen, dass der Hochverräter Dr. Best noch immer unbehelligt herumläuft!

SPD. Nürnberg, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Dieser Tage fand vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt ein interessanter Prozess statt. Ein kaufmännischer Angestellter des von dem Naziführer Gottfried Feder herausgegebenen Blattes "Die Flamme" hatte gegen den Verlag des Blattes Klage eingereicht. Der Nazi-Verlag zahlte nämlich seinem Angestellten im Monat Dezember den Hungerlohn von 20 Mark. Als der Verlag, der früher in Nürnberg war, nach Darmstadt übersiedelte, blieb eine Filiale der "Flamme" in Nürnberg und die kaufmännische Leitung wurde dem Kläger übertragen. Für seine Tätigkeit als Buchhalter, Korrespondent, Ein- und Verkäufer erhielt der Angestellte vom Feder-Verlag 80 Mark pro Monat. Auf seine Forderung, dass er nach Tarif bezahlt werden müsse, erhielt er niemals Antwort, so dass er sich veranlasst sah, dem nationalsozialistischen Unternehmen folgendes zu schreiben "Ich fordere von Ihnen als nationalsozialistischen Verlag nur das, für was man den Arbeiter zu kämpfen verspricht, nämlich gerechte Entlohnung und ausreichenden sozialen Schutz."

Der Erfolg dieses Schreibens war verblüffend. Dem Angestellten wurde ohne vorherige Kündigung einfach mitgeteilt, dass er ab Ende dieses Monats überhaupt kein Gehalt mehr bekäme, weil die Filiale wegen Unrentabilität aufgelöst werde. Als sich der Angestellte mit den Manieren des völkischen Verla-

ges nicht zufrieden gab, bestritt der nationalsozialistische Unternehmer die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Das Arbeitsgericht verurteilte diesen vorbildlichen Unternehmer zur Zahlung von 247 Mark an den Angestellten Während der Verhandlung kamen aber noch andere Dinge ans Tageslicht. Der Kläger war während seiner ganzen Beschäftigungszeit in keiner Krankenkasse versichert worden, auch hatte der Nazi-Verlag vergessen, Angestellten-Versicherungsmarken zu kleben. Damit noch nicht genug. Auch die Sozialbeiträge an die Arbeitslosenversicherung sind für den Angestellten nicht abgeführt worden, so dass der Kläger bis heute noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen hat.

Diese Vorkommnisse werden namentlich die Arbeiter und Angestellten im nationalsozialistischen und deutschnationalen Lager interessieren, denn bekanntlich soll ja das "Dritte Reich" das Paradies der "Schaffenden der Stirn und der Faust" sein. In Wirklichkeit aber hat dieser Prozess vor dem Arbeitsgericht bewiesen, dass es in einem Naziunternehmen weder Tarife, noch Kündigungsschutz, noch Altersversicherung, noch Krankenversicherung und auch keine Arbeitslosenunterstützung gibt!

SPD. Braunschweig, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Nazigutsbesitzer Löbbecke im braunschweigischen Ort Cissenbrück hatte als einer der ersten Arbeitgeber einen rigorosen Lohnabzug durchgeführt. Daraufberief der nationalsozialistische Betriebszellenobmann des Gutes, Schröder, eine Versammlung der männlichen Landarbeiter des Gutes ein, wozu auch der Besitzer und der Inspektor eingeladen waren. Schröder kündete einen Streik gegen den Lohnabzug an, jedoch der Parteifreund und Arbeitgeber Löbbecke erklärte:

"Wenn Schröder mit Streik droht, so muss ich die Sache sofort der nationalsozialistischen Partei melden, Schröder weiss ja, was dann mit ihm geschehen wird."

Diese Drohung des Pg. Gutsbesitzer genügte, um die nationalsozialistische Betriebszelle sofort von ihren Streikabsichten abzubringen!

SPF. Die parlamentarischen Arbeiten nehmen in dieser Woche im Reichstag wie im Preussischen Landtag ihren Fortgang. Am Dienstag treten der Haushaltsausschuss und der Steuerausschuss des Reichstags zusammen, die eine grosse Reihe von Anträgen der Parteien zu beraten haben. Am Abend findet dann die Zusammenkunft des Ältestenrats statt, in der die heiss umstrittene Frage der Wiedereinberufung des Reichstags ausgiebig zur Erörterung kommen wird. Ob es zu der vom Präsidenten seinerzeit in Aussicht genommenen Reichstagseinberufung für den 6.Juni, für die sich die Oppositionsparteien, wie bisher, mit aller Entschiedenheit einsetzen werden, kommen wird, steht noch dahin. Im Sozialpolitischen Ausschuss wird am Montag u.a. die Kleinrentnerfürsorge behandelt werden. Dem Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen liegen weit über 100 Eingaben vor, die von Mittwoch ab in drei Sitzungen beraten werden sollen. Die Ausschüsse des Reichsrats werden im Laufe der Woche die Vorberatung des neuen Reichshaushalts aufnehmen.

Die nächste Vollsitzung des Preussischen Landtags findet bekanntlich am Mittwoch, dem 1.Juni, statt; sie beginnt um 2 Uhr. Vorher wird der Ältestenrat auf die Saalschlacht zurückkommen und sich auch darüber schlüssig werden, in welcher Form die in Aussicht genommenen Vorbeugungs- und Schutzmassnahmen für die Zukunft zu treffen sind. Ebenso tritt vor Beginn der Sitzung der neugewählte Vorstand des Landtags zusammen.

SPD. Halle, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Schöffengericht Halle verurteilte zwei Nazijünglinge, Gert Peters, und Kurt Burker zu 1 Jahr bezw. 3 Monaten Gefängnis. Peters, hoffnungsvoller Sprössling eines altpreussischen Regierungsrates a.D., Führer der Hitler-Jugend, hatte als kaufmännischer Lehrling den Auftrag erhalten, 8 000 Mark Lohngelder vom Bankhaus zu holen. Zusammen mit dem inzwischen bei Strasser gelandeten Burker brannte er mit dem Gelde durch und verjubelte es in Schlemmerkneipen und Freudenhäusern. Vor Gericht entschuldigte sich der Hitler-Jüngling damit, sein Gesinnungsfreund habe ihn zu der Unterschlagung verleitet mit der Behauptung, er müsse das Geld für eine politische, gegen das System gerichtete Organisation (welche, sagte er nicht) haben. Grund genug für das Gericht, Ueberzeugungstäterschaft aus politischen Gründen anzunehmen (!) und nur auf 3 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist zu erkennen, während dem angeblichen Verführer diese Ueberzeugungstäterschaft nicht zugesprochen, vielmehr auf ein Jahr Gefängnis erkannt wurde.

SPD. Der Pressedienst des Zentrums nimmt in schärfster Weise Stellung gegen die Proklamierung des Faustrechts durch die NSDAP. Im Hinblick auf die Saalschlacht im Landtag schreibt er:

"Die Fraktionsführung der NSDAP hat restlos versagt. Sie hat damit bewiesen, dass sie in den Augenblicken, in denenes stets nur auf Selbstzucht und Selbstdisziplin ankommt, ihre Leute nicht mehr inder Hand hat. Sie gibt das auch offen zu, indem sie in ihrer Erklärung sich darauf versteift, dass, weil die Sitzung bereits aufgehoben gewesen sei, der Fraktion nichts anderes übrig bleiben konnte, "als zu dem auch strafrechtlich anerkannten und erlaubten Mittel der Notwehr ... zu greifen."

Wir lehnen ein solches "Legales" Faustrecht, noch mehr selbstverständlich die im Endziel damit verbundene Regierung des Faustrechts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ab, um den innerpolitischen Frieden zu halten, die Mehrheit des deutschen Volkes zu schützen vor brutaler Gewalt. Sagen doch jetzt selbst die Nationalsozialisten, dass sie die kommunistische Fraktion "unter Anwendung von Brachialgewalt aus dem Saale gewiesen" hätten. Und dieses "aus-dem-Saale-gewiesen" bestand in einem wohl organisierten Angriff mit Fäusten, Lampen, Spucknäpfen, oder wie es im "Angriff" Nr.107 v.26.Mai selbst heisst: "Da braus te es heran. Ein Wirbel von Stühlen, von Fäusten..."

Wie gefährlich ein solches "Faustrecht" auf die Volksstimmung einwirkt, das haben die zahllosen Meldungen von blutigen Zusammenstössen am Tage nach de Saalschlacht im Landtag gezeigt, die im ganzen Reiche erfolgten. So können die Dinge nicht weiter laufen. Schon jetzt muss das preussische Volk mit Erschrekken erkennen, wie falsch es am 24.April gewählt und gehandelt hat. Für die politische Entwicklung sind diese Vorgänge bestimmt nicht als günstige Auspizien zu bewerten. Lassen die Nationalsozialisten nicht von der Betonung des "legalen" Faustrechts, dann wird es höchste Zeit, dass ihnen auf bestimmtem Wege klargemacht wird, dass niemals die Stunde kommen wird, in der der Terror und die Brachialgewalt in Deutschland herrschen.

Wir greifen den notwendig werdenden parlamentarischen Entscheidungen nicht vor. Alle Fraktionen haben die wenigen Tage bis zum Wiederzusammentritt des Landtags zu benutzen, um den Sinn für Verantwortung wiederzufinden, zur Vernunft zurückzukehren. Dem Signal zum Sturm setzen wir das Signal zur Besinnung entgegen."

SPD. Halle, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Schnellrichter beim Amtsgericht Halle verurteilte heute den verantwortlichen Redakteur der "Revue", eines Skandalblättchens, das seine Hauptaufgabe im Breittreten erotischer Dinge sieht, zu 3 Monaten Gefängnis und sofortiger Verhaftung. Das mit dem Hakenkreuz sympathiesierende Blättchen hatte dem Kreisarzt Dr. Hillenberg in einem sensationell aufgeputschten Artikel zum Vorwurf gemacht, gegenüber einem 29 Jahre alten Fräulein Voigt, Mitglied der NSDAP, seine Amtspflicht verletzt zu haben. Die Hitlerike hatte sich in den Kopf gesetzt, Fliegerin zu werden und verlangte vom Kreisarzt das dazu erforderliche Attest. Der Arzt lehnte das ab, da er auf den ersten Blick erkannte, wen er vor sich hatte. Der Direktor der staatlichen Universitätsklini Halle erklärte sie für geistig unzurechnungsfähig. Uebrigens ist sie seit März entmündigt. Trotzdem riet ihr der mit ihr befreundete Gauführer des Stahlhelms in Halle Hauptmann Jüttner und die Nazibonzen, den Fall im Skandalblättchen zu kritisieren. Um die Sache gleichzeitig zu einer Hetze gegen das System auszuwirken, wurde der Kreisarzt fälschlich als Sozialdemokrat hingestellt. Am Freitag war die Sudelei erschienen. Am Sonnabend vormittag wurde der dafür verantwortliche Redakteur im Gerichtsgebäude, wo er nach neuem Stoff auslugte festgenommen, vor den Schnellrichter gestellt, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, sofort eingesperrt und die Auflage der Zeitung beschlagnahmt. Ein prominenter Stahlhelmführer und Nazis, also berufsmässige Moralhüter, halten eine Psychopathin, eine Person, die in eine Anstalt gebracht werden müsste, wenn sich ihr Zustand nicht bessert, für geeignet zur Erlernung der Fliegerei. Das sind nette Aussichten für das dritte Reich!

SPD. Darmstadt, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Nach langwierigen Verhandlungen, die mehrfach zu scheitern drohten, hat die bürgerliche Mitte Hessens am Sonnabend-Nachmittag endlich für die Landtagswahl eine Einheitsliste von Landvolk, Deutsche Volkspartei, Christlichem Volksdienst, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volksnationalen zusammengewürgt, die unter dem verheissungsvollen Namen "Nationale Einheitsliste" firmiert. In einer Verlautbarung des "Ausschusses für bürgerliche Sammlung" wird bedauert, dass die Deutschnationalen die Einheit sabotiert und in einem reichlich überheblichen Schreiber der bürgerlichen Mitte empfohlen hätten, sie möge ihre Anhänger auffordern, deutschnational zu wählen. Die bisher immer noch stärkste Splitterpartei des Landvolks ist völlig auseinandergefallen. Der Abgeordnete Fenchel kandidiert an der aussichtlosen zweiten Stelle der deutschnationalen Liste, während der andere, Glaser, als zweiter auf der von dem Volksparteiler Nippoth geführten Einheitsliste vor dem Staatsparteiler Dr. Weiner-Offenbach figuriert. Für den bisherigen Abgeordneten der Staatspartei, Dr. Schreiber, der Pazifist und Befürworter des Aufgehens Hessens in Preussen ist war in der neuen "nationalen" Einheitsfront kein Platz mehr. Die Wirtschaftspartei, deren Einspruch gegen die letzte Landtagswahl die Veranlassung der Auflösung des Landtags war, ist an aussichtsloser Stelle der Einheitsliste vertreten. Die Zentrumsliste ist, soweit die früheren zehn Abgeordneten in Frage kommen, unverändert geblieben.

SPD. Halle, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Mit der Frage, ob die NSDAP eine legale oder illegale Partei oder mit anderen Worten, ob sie einen Umsturz der Verhältnisse auf parlamentarischem Wege oder mit Hilfe der Gewalt wolle, hatte sich das Landesarbeitsgericht Halle in mehreren Verhandlungen zu beschäftigen. Veranlassung dazu war eine Klage des nationalsozialistischen Stadtverordneten Dr. Böttger in Wittenberg a.d.Elbe

ehemals Vertrauensarzt bei der dortigen Schutzpolizei gegen die preussische Regierung, die ihn seinerzeit auf Dienstvertrag angestellt und im Frühjahr 1930 ordnungsgemäss entlassen hatte. Diese Kündigung focht der Naziarzt mit dem Einwand an, dass sie zu Unrecht erfolgt sei. Vor dem Arbeitsgericht Wittenberg erzielte er zunächst ein obsiegendes Urteil. Vor dem Landesarbeitsgericht Halle, bei dem Böttger Berufung einlegte, wurde er mit seiner Klage jedoch abgewiesen. Die Angelegenheit ging dann an das Reichsarbeitsgericht in Leipzig, das die Sache an das Landesarbeitsgericht Halle zurückverwies mit der Aufgabe zur Prüfung der Frage, ob zurzeit der Entlassung Böttgers die nationalsozialistische Partei illegale Ziele verfolgt hätte und ob Böttger zu Recht oder zu Unrecht entlassen worden sei. Nach mehrfacher Verhandlung verkündete heute das Landesarbeitsgericht folgendes Urteil: Das Urteil des Arbeitsgerichtes Wittenberg wird abgeändert und der Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Er hat auch die Kosten der Revisionsinstanz zu tragen. Der grundsätzlichen Bedeutung wegen wird auch dieses Urteil für revisionsfähig erklärt.

SPD. Weimar, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen über die Vorgänge in Waltershausen zogen sich bis heute abend 19 Uhr hin. Minister Dr. Kästner machte die Zusage, dass die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wieder voll zur Auszahlung kommen sollen, und zwar bis auf weiteres, bis eine endgültige Regelung getroffen ist. Alle gestellten Anträge der Parteien wurden den Ausschüssen überwiesen, die sich Anfang nächster Woche sofort damit beschäftigen sollen. Während der Aussprache machte der Minister Kästner die Bemerkung: "Sie können mich ja absetzen, wenn Sie nicht mehr mit meiner Arbeit zufrieden sind. Ich klebe nicht an meinem Ministersessel." Die Kommunisten haben einen Misstrauensantrag gegen Dr. Kästner eingebracht.

SPD. Halle, 28.Mai (Eig.Drahtb)

Zweimal bereits ist das Besitztum des von der KPD ruinierten Konsumvereins zwangsversteigert worden. Das erste Mal bekam bekanntlich die sagenhafte Schweizerin Mentona Moser den Zuschlag. Da sie aber die restliche Kaufsumme nicht erlegen konnte, kam das Besitztum erneut zur Versteigerung. In der zweiten Versteigerung trat eine wenige Stunden vorher ins Leben gerufene Konsumbrotfabrik, eine Gründung der KPD auf den Plan und erwarb die Gebäude. Aber auch sie konnte nur die Anzahlung, nicht die Restkaufsumme bezahlen, sodass für den 18.August erneut Zwangsversteigerungstermin angesetzt ist.

Der Konsumverein Wittenberg, ebenfalls von den Kommunisten jahrelang beherrscht, bietet im Vergleichsverfahren zur Abwehr des Konkurses eine Quote von 30 %, die innerhalb 1½ Jahren zahlbar sein soll. Nach 15 Monaten Ruhepause sollen die Sparer mit 100 % befriedigt werden, allerdings auch in Raten. Die letzte 10.Rate soll nach 42 Monaten gezahlt werden. Die Sparer, die sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären, würden ebenfalls nur 30 % erhalten. Es ist kaum anzunehmen, dass dieser Vergleich durchgeführt werden kann, sodass der Konsumverein Wittenberg dem Beispiel des Konsumvereins Halle folgen wird.

SPD. Weimar, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Thüringischen Landtagsfraktion der KPD scheinen wieder ernste Differenzen ausgebrochen zu sein. Die Bezirksleitung der KPD in Erfurt hat die einzige Frau, die als Abgeordnete der Kommunisten im Landtag von Thüringen sass, veranlasst, dass sie ihr Landtagsmandat niederlegt. Die bisherige Abgeordnete der KPD, Frau Rosenhainer, war Textilarbeiterin und wohnt in Gera. An ihrer Stelle ist ein Kommunist aus Meuselwitz im Landtag eingezogen.

SPD. Wien, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Die österreichischen Heimwehren machen alle Anstrengungen, um das zurzeit noch geltende Aufmarschverbot in Oesterreich zu durchbrechen. Wie man erfährt hat am Sonnabend die Wiener Heimwehrleitung in einem Befehl ihre Mitglieder aufgefordert, am Sonnabend und Sonntag sich zu einem grossen Aufmarsch in voller Ausrüstung und Bewaffnung bereitzuhalten. Man ist einigermassen besorgt, ob diese Durchbrechung des Aufmarschverbots nicht zu blutigen Zusammenstössen führen könnte.

SPD. Wien, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Wiener Bankverein, eine der bedeutendsten österreichischen Grossbanken, ist in Schwierigkeiten geraten, die eine Aktion zu seiner Sanierung notwendig machten. Wie aus der Bilanz des Unternehmens hervorgeht, hat dieses so grosse Verluste erlitten, dass eine Herabsetzung des Aktienkapitals um die Hälfte unvermeidbar war. Zu diesem Zwecke mussten nahezu die gesamten Mittel des Reservefonds herangezogen werden, sodass in diesem nicht mehr als fünf Millionen Schilling übrig bleiben. Um das Unternehmen zu stützen und ihm die Weiterarbeit zu ermöglichen, hat ein ausländisches Bankenkonsortium, welches unter Führung zweier belgischer Banken und der Deutschen Bank-Disconto Gesellschaft steht, einen Betrag von 13 Millionen zur Verfügung gestellt. Weitere 10 Millionen wurden von einem österreichischen Konsortium zu Sanierungszwecken des Bankvereins zur Verfügung gestellt. Man glaubt, dass die Bank durch diese Sanierungsaktion wieder flott gemacht ist und ihren Betrieb ungehindert weiterführen können wird.

SPD. Der Reichskanzler hielt am Sonnabend abend auf dem Bankett des Vereins der ausländischen Presse eine Rede, in der er zu den innerdeutschen Problemen Stellung nahm. Er führte etwa aus:

Wenn man der Presse Glauben schenken soll, so hat es den Anschein, als wenn wir uns neben den grossen Schicksalsfragen der Welt in Deutschland im wesentlichen mit ministeriellen Personalfragen, mit Fragen des Regierungssystems, Regierungskrisen und ähnlichen Dingen beschäftigen. Wir haben vordringlichere Sorgen. Tag und Nacht beschäftigt uns das Problem der Arbeitslosen. Wir haben sechs Millionen Arbeitslose, deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen trifft, also rund ein Fünftel unseres Volkes. Darunter sind zwei Millionen unter 25 Jahren, davon 1 Million unter 21 Jahren. Eine grausame Funktionsstörung des modernen Wirtschaftsorganismus verdammt die jungen Leute dazu, sich als überflüssige und unnütze Mitglieder der Gesellschaft zu empfinden. Wundert Sie, dass in den Herzen und Sinnen dieser Millionen Jugendlicher ein Radikalismus aufquillt, der nur vom Untergang und Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet?

Nicht die Ernährungsfrage und auch nicht die Ernährungsfrage der Arbeitslosen ist das allein Entscheidende. Ebenso wichtig ist die Frage der Arbeits-

beschaffung und des Absatzes der Arbeiten. Aber auch die Beschaffung von Nahrung und Kleidung tritt in ein bedrohliches Stadium. Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung sind auf etwa 50 Mark zurückgegangen, das ist ein Satz, der einen erschreckenden Tiefstand darstellt.

Daneben steht drohend die Frage der Arbeitsbeschaffung. Für die produktiv Erwerbslosenfürsorge müssen viel höhere Beträge angesetzt werden, da der Arbeitslohn nur einen Teil der Unkosten darstellt. Eine Finanzierung auf dem Wege der Inflation ist unmöglich, eine zweite Inflation würde ein unrettbares Chaos bedeuten. Das Problem gleicht fast der Quadratur des Zirkels. Wir wollen den Weg ins Freie finden. Nebender Vergebung öffentlicher Arbeiten durch die Prämienanleihe kommen insbesondere Siedlungen und freiwillige Arbeitsdienste in Betracht. Der freiwillige Arbeitsdienst soll den Jugendlichen Beschäftigung geben, die Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung und der Gewährung von Naturalien oder einer ganz bescheidenen Zusatzzahlung. Es muss verhütet werden, dass dieser freiwillige Arbeitsdienst als eine Konkurrenz für den beschäftigte Arbeiter sich auswächst oder sein Lebensniveau, mit dem die Kultur und Zivilisation eines Volkes steht und fällt, unter das Erträgliche herabdrückt.

Das ist die entscheidende Frage. Deutschland kann diese Frage nicht allei lösen, von der Geisel der Arbeitslosigkeit, die alle Welt ergriffen hat, kann die auch nur durch gemeinsame Aktion befreit werden. Erste Voraussetzung ist die Herstellung des Vertrauens durch die Lösung der bekannten politischen Fragen, die das Aufkeimen dieses Vertrauens bislang gehemmt oder unmöglich gemacht haben.

SPD. Paris, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Entschliessung des linken Flügels der Radikalen Partei über das zukünftige Regierungsprogramm stellt in der Hauptsache einen Versuch dar, die neue Regierung auf eine den Beschlüssen des letzten Parteikongresses entsprechende deutliche Linkspolitik festzulegen, gegen die sich der rechte Flügel der Partei, der für die Bildung einer Konzentrationsregierung eintritt, sträub Der Wunsch, den verständigungsfreundlichen Sozialisten entgegenzukommen, spielt bei der Entschliessung eine weniger grosse Rolle, denn selbst auf dem linken Flügel der Radikalen Partei gibt es viele Politiker, die eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten zurzeit nicht befürworten. Es fragt sich nun, ob der linke Flügel einen genügend grossen Einfluss innerhalb des Exekutivausschusses besitzt, um die Annahme seiner Entschliessung durchzusetzen.

Herriot hat, wie der "Intransigeant" berichtet, dem Abg. Bergery, der ihm die Entschliessung überbrachte, erklärt, dass er gleichfalls damit einverstanden sei. Er habe nur einige formale Änderungen verlangt, die im Bergery zugestanden habe. Er habe ferner den Wunsch ausgesprochen, dass es im Exekutivausschuss zu einer umfangreichen Debatte über die Entschliessung kommt, damit er sich von den Ansichten der Parteivertreter ein genaues Bild machen könne. Andererseits wird behauptet, dass Herriot, als ihm vor einigen Tagen von der Absicht des linken Flügels Mitteilung gemacht wurde, erklärt habe, er werde, falls sich der Exekutivausschuss im Sinne der Wünsche des linken Flügels entscheidet, nicht den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen, sondern sich mit dem Aussenministerium begnügen.

Was die Sozialisten anbetrifft, ist durch die radikale Tagesordnung die Stellung des für die Mitarbeit eintretenden rechten Flügels natürlich gestärkt worden. Er würde sich wahrscheinlich leicht mit den Radikalen auf der Basis der erwähnten Entschliessung verständigen. Zweifelhaft ist aber, ob die Mehrheit des Parteikongresses mit dem Programm der Radikalen zufrieden ist, denn es fehlen ihm zwei wichtige Punkte, die von den meisten sozialistischen Parteiverbänden als Bedingung für die Mitarbeit gefordert werden: die Einführung der 40 Stundenwoche und Schaffung einer staatlichen Versicherung ge-

gen Arbeitslosigkeit und gegendie der Landwirtschaft durch Unwetter verursachten Schäden. Wenn sich auch der Kongress, wie erwartet wird, mit grosser Mehrheit für die Beteiligung ausspricht, so dürfte er doch an diesen Bedingungen festhalten, die für die Mehrzahl der Radikalen unannehmbar sind. Man darf also keine allzu grossen Hoffnungen auf das Zustandekommen einer Linksregierung mit sozialistischer Beteiligung setzen.

SPD. Paris, 28.Mai (Eig.Drahtb.)

In einem Artikel der von Linkspolitikern geleiteten Zeitschrift "Lumière" schreibt der Sozialist Grumbach: "Wenn man Hitler erlaubt, sich am Vorabend der Lausanner Konferenz der Regierungsgewalt zu bemächtigen, würde man damit ohne weiteres die grosse Anstrengung zum Scheitern bringen, die auf der Konferenz gemacht werden muss, um dem Anscheine nach entgegengesetzte Interessen miteinander zu vereinen. Welche Regierung auch in den nächsten Tagen in Frankreich an der Macht sein mag und selbst wenn die Sozialisten in ihr die wichtigsten Posten inne hätten, würde die Existenz von Hitler-Regierungen in Preussen und dem Reich den besten guten Willen leugnen."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die Innere Börsen=Mission.

Erbauliches aus dem Berliner Pastorenprozess.

SPD. Im Berliner Devaheim=Prozess bringt jeder Verhandlungstag neue skandalöse Enthüllungen. Je mehr die Verhandlung die umfangreiche Prozessmaterie durchdringt, desto klarer enthüllt sich dem Auge des objektiven Beschauers, dass es hier nichts, aber rein gar nichts zu entschuldigen gibt! Die kläglichen Versuche des Pastors Cremer, seine Handlungen zu bemänteln und zu legalisieren, scheitern am Fortschreiten der Beweisaufnahme, die in der Sonnabend=Verhandlung wieder einmal den bereits hoffnungslos lädierten, allzu irdischen Pastor in ein vernichtendes Kreuzfeuer nahm. Die Sache begann fast melodramatisch=rührselig und zwar mit dem Auftritt des Schofförs des angeklagten Luxus=Pastors, der dem staunenden Gericht und den lächelnden Zuhörern Wundersames von der Bescheidenheit und der fast mönchischen Lebensweise Cremers (siehe die siebensitzigen Horch= und Chrysler=Prachtwagen!) zu berichten wusste. Der Chauffeur war einmal bei Herrn Cremer zum Mittagessen, bei dem es mehr als bescheiden zugegangen sein soll. Es mag ja sein, dass Herr Cremer sparsam war, wenn es um andere ging; bei seiner eigenen Person ist er bestimmt sehr grosszügig gewesen.

Die merwürdigen Autospesen.

Der Autosachverständige Fiedler macht sehr interessante Angaben über das mysteriöse Reparaturunkostenkonto des "sparsamen" Pastors. Er bezeichnet die angegebenen Sätze also ganz ungewöhnlich hoch und ungefähr das Viereinhalbfache des Ueblichen. Herr Cremer habe für knapp zwanzig Monate 9 160 Mark Spesen angegeben; für dieses Geld könne man bereits einen neuen Mercedeswagen kaufen. Wie erklärt sich nun der riesige Spesensatz des autolustigen Pastors? Der Angeklagte kann in keiner Weise befriedigende Auskunft geben. Da aber Cremer als nie kontrollierte Autorität tun und lassen konnte, was er wollte, sind natürlich auch keine Belege vorhanden. Das Geheimnis der ominösen Autospesen kann nur geahnt, nicht geklärt werden.

Cremer auf Reisen.

Als der beisitzende Landgerichtsrat sich der Mühe unterzieht, einmal die bis jetzt aus der Diskretion der Privatsphäre ins Licht der Oeffentlichkeit gerückten Einnahmen des Angeklagten Cremer zusammenzustellen, wird der Herr auf der Anklagebank um einige Nuancen bleicher. Es ergibt sich die nette Summe von jährlich 28 ooo Mark (Fonds und Bezüge), wozu eine Pension in Höhe von 5 ooo Mark kommt. Man sieht daraus, wie sehr bescheiden und sparsam Pastor Cremer zu leben wusste. Die Misswirtschaft bei Devaheim war beispiellos. Ueber den Reisekostenfonds in Höhe von 6 ooo Mark hat Herr Cremer niemals Abrechnung gegeben -, als ihm aber jetzt vom Gericht vorgehalten wird, dass die Reiseunkosten doch jedem normalen Beobachter unverhältnismässig hoch erscheinen müssten, springt Herr Cremer auf und ruft: "Aber damit sind doch auch die Reisekosten der anderen Herrn, die zu Sitzungen nach Berlin kamen, bestritten worden," -"Ja, das waren ganze 160 Mark!" meinte der Beisitzer sarkastisch.

Die Puppen im "Zentralausschuss".

Die Uebernahme der Schuld des Dr. Libbertz in Höhe von 140 ooo Mark nebst dem Debetsaldo von 750 ooo Mark aus dem Nachlass ungeschäftlicher Grundstücksgeschäfte wird, je mehr der Prozess fortschreitet, ein immer dunkleres Kapitel. Fest steht bereits jetzt, dass Herr Cremer eines Tages in einer Sitzung des Zentralausschusses die Erklärung abgab, man habe die Libbertz'sche Schuld sowie das Grundstücksdebetsaldo auf das "Konto Auslandsanleihen" übernommen.

Dieser immerhin ungewöhnliche Vorgang veranlasste keinen der anwesenden Herren auch nur eine Frage zu stellen. Sie akzeptierten alles, die Erklärung des allmächtigen Pastors wurde ohne den leisesten Zweifel zur Kenntnis genommen. Kann man wirklich an so viel Gutgläubigkeit erwachsener Menschen glauben?

Der unangenehme Kompagnon.

Seltsam genug ist auch die Geschichte des Bankhauses Rambaum & Co. Im November 1923 beschloss man, die Bankabteilung der Hika auszubauen und so entstan Rambaum & Co., die evangelische Bank für nicht ganz evangelische Börsengeschäfte. Dieser Bank gehörte auch der später von Pastor Cremer und den Seinen mit allen seinen Schulden so grosszügig übernommene Dr. Libbertz an. Er wurde, wie Rambaum dem Gericht versichert, ihm "förmlich aufoktroiert". Es ging merkwürdig zu in diesem Bankhaus. Herr Libbertz bekam zwar ein immerhin nicht unansehnliches Monatsgehalt in Höhe von 2 500 Mark, dies genügte ihm jedoch nicht. Er lieh sich von Rambaum & Co. in kleineren Mengen, aber mit grosser Zähigkeit, Gelder aus, bis er schliesslich ein Schuldkonto von 140 000 Mark hatte. "Deckung hat er nicht gegeben", versichert Herr Rambaum treuherzig auf die diesbezügliche Frage eines Beisitzers. Der Zeuge erklärt, dass ihm die Grundstücksgeschäfte von Anfang an nicht behagt hätten; er war jedoch inkonsequent genug, trotzdem Mitglied des einschlägigen Konsortiums zu werden. "Als ich schliesslich die Trennung durchführte, bestand ich darauf, dass die Hika das Conto Libbertz mit übernahm. Mein Verhältnis zu Libbertz war ungemein gespannt und ich war wirklich froh, ihn los zu werden." Eine Frage, die an den Kern der Dinge rührt: "Können Sie uns erklären, weshalb man, ohne verpflichtet zu sein, derartige Schuldenrisiken einging?" Herr Rambaum ist höflich. Er zuckt, kaum merkbar lächelnd, unwissend und nichtsahnend die Achseln.

Versicherungszentrale - aber für wen?

Der Pastor Ohl aus Langenberg, Geschäftsführer des Provinzialausschusses der Inneren Mission, bekundet, dass das gern und reichlich gestützte Bonner Sanatorium insgesamt 75 000 Mark Kredit erhalten habe. Von anderer Stelle erhielt man eine Hypothek über 300 000 Mark, die nach den Angaben des Zeugen bereits wieder getilgt worden ist.-

Ein anderer Zeuge, Oberregierungsrat a.D. Dr. Prahler war Inhaber zahlloser Ehrentitel in den Spitzeninstanzen der Organisation und wusste demgemäss nicht von allem Merkwürdigen, was in der Sphäre des Pastors Cremer um in her vorging. Er war juristischer Vizepräsident des Zentralausschuss, später Mitglied des Hauptausschusses sowie Mitglied der evangelischen Versicherungszentrale, die acht bis zehn Mitglieder stark war. Dieser Versicherungszentrale gehörte - natürlich - auch Dr. Cremer an; über ihre allgemein praktischen Resultate ist man sich nicht ganz im klaren; über ihr Resultat für den Pastor Cremer hört man, dass sie 10 000 Mark für den bescheidenen Herrn abwarf. Was übrigens die diversen Fonds angeht, die man Dr. Cremer bewilligte, so definiert dieser Zeuge das ganze Verfahren ebenso leichthin wie überzeugend folgendermassen: "Es bestand zwar kein Anspruch, das Geld wurde einfach ausgesetzt." Aber es war schliesslich das Geld anderer Leute.

\+ + +

Milzbrand=Epidemie. Auf der erst kürzlich vom Erdbeben heimgesuchten grossen Sunda=Insel Celebes ist eine ernste Milzbrand=Epidemie unter der Bevölkerung ausgebrochen, an der bisher 214 Personen erkrankt sind. Dieser wahrscheinlich von erkranktem Vieh übertragene Milzbrand äussert sich in der Bildung eines schnell zunehmenden Karbunkels von dunkelblauer Färbung, verbunden mit an Delirium erinnernden Erscheinungen im Gehirn und hohem Fieber, dem starkes Erbrechen folgt, bis der Patient nach fünf bis acht Tagen stirbt. Am schwersten betroffen ist die Stadt Kendari auf der südöstlichen Halbinsel.

\+ + +

Das Bild des Toten. Im Gubener Giftmordprozess gegen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter, Frau Ladewig, entwarf der als Zeuge vernommene Lehrer Hoppenheit ein Bild des ermordeten achtjährigen Hansgeorg Ziehm: "Der Junge war begabt und sehr flessig. Auch sein Betragen war gut. Seine Mitschüler mochten ihn sehr gern. Auf Grund einer anonymen Anzeige hörte ich dann, dass ihn seine Stiefmutter schlecht behandeln solle. Ich habe ihn nun besonders beobachtet. Es schien mir, als wenn er sich besonders gern an seine Mitschüler und an mich anschloss, weil er eben zu Hause diese Liebe entbehren musste. Am Tage vor dem Mord habe ich zufällig mit Frau Ziehm gesprochen. Als ich Hansgeorgs gute Leistungen erwähnte, fiel mir auf, dass Frau Ziehm nicht die Freude zeigte, die sonst bei anderen Müttern erkennbar ist, wenn man Gutes über ihre Kinder sagt." - Sehr belastend war auch die Aussage des Lehrers Rettig aus Fürstenberg, der für Ziehms eine Wohnung besorgt hatte. Später sei der Wirt zu ihm gekommen und habe empört zu ihm gesagt: "Na, wissen Sie, das ist eine Frau! Gleich hat sie nach einer Bodenkammer für den kleinen Jungen gefragt... Am Abend vor der Tat bin ich mit Frau Ziehm und Frau Ladewig zusammengekommen. Da ist mir die furchtbare Unruhe der beiden Frauen aufgefallen. Es wurde auffallend viel von dem Jungen gesprochen; da er sonst gar keine Rolle im Gespräch spielte, war das merkwürdig. Im Auto wurde er z.B. fast nie mitgenommen: ihren Hund nahm sie mit, den Jungen nicht. Als ich vom Tode des kleinen Hansgeorg hörte, stieg in mir sofort ein Verdienst gegen Frau Ziehm auf."

\+ + +

"Faust und seine Welt". In Leipzig wird aus Anlass des Goethe-Jahres die bekannte Faustsammlung aus dem Privatbesitz des Arztes Dr. G. Stumme gezeigt. Die Sammlung, die alles umfasst, was das Thema irgendwie literarisch, musilalisch, bildnerisch oder theatralisch berührt, ist aussergewöhnlich anschaulich und belehrend.

\+ + +

"Sklarek" mit Kohl. Im Berliner Sklarekprozess, dessen Zehn-Minuten-Verhandlungen der letzten Woche den Zweck hatten, das Verfahren des infolge Selbstmordversuchs verhandlungsunfähigen Angeklagten Kohl wieder anzugliedern, verkündete das Gericht: "Der Beschluss, das Verfahren gegen Kohl abzutrennen, vom 18. Mai 1932, wird aufgehoben, da jetzt feststeht, dass Kohl absichtlich einen Zustand herbeigeführt hat, der seine Verhandlungsunfähigkeit zur Folge hatte. Der Angeklagte ist seit heute wieder verhandlungsfähig, und die Verhandlung wird gegen ihn fortgesetzt". Während der weiteren Unterbrechungen der Hauptverhandlung wird Kohl in Gewahrsam genommen, d.h. im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses behandelt.

\+ + +

Die neue Heimat. Das Flugzeug "Do.X" soll nach Ablauf der Berliner Besichtigungstage im Lübecker Wasserflughafen Travemünde stationiert werden. Von hier aus sind während des Sommers Reisen in die Ost- und Nordseebäder, gegebenenfalls auch Wochenendflüge nach Skandinavien geplant. Im Herbst wird "Do.X" auf seiner Heimatwerft am Bodensee überholt werden.

\+ + +

Ein Musikarchiv. Unter Leitung des Privatdozenten Dr. H. Matzke wird augenblicklich an der Technischen Hochschule-Breslau ein "Archiv für Musikwirtschaft und Musiktechnik" eingerichtet. 10 000 Zeitungsausschnitte und 9 000 Abbildungen sind der Grundstock der in Fachkreisen lebhaft begrüssten Sammlung.

\+ + +

Lob der "Kameradschaft". Die englische Akademie der schönen Künste hat dem deutschen Bergwerksfilm "Kameradschaft" als dem "bemerkenswertesten Film des Jahres 1931" eine goldene Medaille zugesprochen.

Wüstenrot in der Krise.

SPD. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931, den die grösste und älteste deutsche Bausparkasse, die Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot (G.d.F.), soeben veröffentlicht, veranschaulicht auf das Deutlichste die Krise, in der sich das private Bausparwesen in Deutschland befindet. Die Zahlungskrise des Sommers 1931 hat auch in stärkstem Masse auf die Bausparkassen übergegriffen, obwohl diese Institute vor Zahlungsstörungen durch Kündigungen der Spareinlagen verhältnismässig geschützt sind, da sie vertraglich nicht zur Rückzahlung von Spargeldern verpflichtet sind. Die wirtschaftliche Notlage der breiten Sparerschichten hat jedoch in grossem Umfange dazu geführt, dass die vertraglichen Sparraten bei den Bausparkassen nicht weitergezahlt, die Bausparverträge gekündigt werden und in vielen Fällen um die Rückzahlung der Einlagen gebeten wird. Vor allen Dingen aber hat die am 1. Oktober 1931 in Kraft getretene Staatsaufsicht über das private Bausparwesen so ungeheure Misstände bei den Bausparkassen aufgedeckt, - von 57 Bausparkassen, gegen die das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung als Aufsichtsbehörde bisher verhandelt hat, mussten 53 in Konkurs gehen, oder die Untersagung des Geschäftsbetriebes, Zahlungsverbote und die Einsetzung von Aufsichtspersonen auf sich nehmen - dass die Vertrauenskrise unter den Bausparern sich ausserordentlich vertieft hat und geradezu von einem "Bausparerstreik" gesprochen werden muss. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat kürzlich durch ein Urteil bestätigt, dass die Bausparer angesichts der unsicheren Verhältnisse im Bausparwesen zum Zahlungsstreik berechtigt und zur Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen auf Weiterleistung der Sparraten nicht verpflichtet seien.

Leider lässt der Geschäftsbericht der GdF auch in diesem Jahre die Offenheit vermissen, die man von einem auf das Vertrauen der Sparer angewiesenen Institut erwarten kann. Die Anzahl ihrer Bausparer, die Ende 1930 noch 45 491 betrug, wird von ihr per 31.12.31 auf 44 814 Sparer angegeben. Wieviel Sparer davon noch regelmässig ihre Monatsraten aufbringen, wird nicht mitgeteilt. Während im Vorjahre 5 392 Sparverträge rückgängig gemacht wurden, werden für 1931 insgesamt 6 677 Vertragskündigungen zugegeben. Die Anzahl der neu angeworbenen Sparer ist von 7 503 im Jahre 1930 auf 3 070 im verflossenen Jahre gesunken.

Besonders deutlich wird der Rückgang durch die Angaben über die Spar-, Zins- und Tilgungsleistungen der GdF-Sparer. Sie betrugen 1930 noch 34,4 Millionen Mark, während 1931 nur 24,45 Millionen Mark eingingen. An Baudarlehen wurden 1931 nur noch 17,2 Millionen Mark an 1 093 Sparer "zugeteilt", während die Zuteilungen in den beiden vorangegangenen Jahren 35,9 Millionen Mark und 34,6 Millionen Mark betrugen. Das Ausmass der Vertrauenskrise auch unter den GdF-Sparern wird besonders durch die Tatsache verdeutlicht, dass der Zuteilungsmasse rund 6 Millionen Mark weniger zugeführt werden konnten, da die bereits zugeteilten, aber noch nicht beanspruchten Bausparsummen schneller als vorausgesehen abberufen wurden. Berücksichtigt man, dass die Zins- und Tilgungsraten der Darlehensnehmer der GdF allein bereits rund 7,9 Millionen Mark im Jahre 1931 ausmachten, und schon im ersten Halbjahr 1931 annähernd 13 Millionen Mark für Ausschüttungen bereitgestellt waren, so kann man ein nahezu vollständiges Versiegen des Spareinlagenzuwachses bei der GdF gegen Ende 1931

vermuten. Entsprechend der schnelleren Abberufung der Baudarlehen sind denn auch die flüssigen Mittel der Kasse von 12,2 auf 7,1 Millionen Mark zurückgegangen.

Die "Zwischendarlehen" - das sind Darlehns=Vorschüsse an Bausparer, die ihre Zuteilungen noch nicht erhalten haben - sind 1931 um 1,8 Millionen Mark auf 3,4 Millionen Mark gestiegen. Wenn die GdF diese nach den neueren Entscheidungen des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung verbotenen Darlehnsvorschüsse, die üblicherweise vorgenommen werden, um besonders rebellische, auf Zuteilung wartende Bausparer bei Laune zu halten, noch vermehrt hat, so ist auch daraus das Ausmass der Vertrauenskrise ersichtlich. Die "sonstigen" Darlehen, bei denen es sich um Anbahner=Darlehen an Gemeinden, Siedlungsunternehmungen und Genossenschaften zur Steigerung des Werbeerfolges handelt, stehen mit rund 1,2 Millionen Mark zu Buch.

Die Verwaltungs= und Werbekosten der GdF sind trotz des allgemeinen Geschäftsrückganges der Kasse nur von 2,4 Millionen Mark auf rund 2 Mill. Mark ermässigt worden. Die Einnahmen an Werbe= und Verwaltungskostenbeiträgen dagegen betrugen nur rund 421 ooo Mark. Wenn die GdF trotzdem die ungewöhnlich hohen Kosten ihres Verwaltungs= und Werbe=Apparates decken, Abschreibungen von rund 640 ooo Mark vornehmen und den jetzt auf rund 5,3 Millionen Mark angewachsenen Rücklagen 410 ooo Mark zuweisen konnte, so ist die Ursache dafür in den enormen Zinsgewinnen von rund 2½ Millionen Mark zu suchen, die sich aus der Differenz zwischen den den Sparern gezahlten Einlagenzinsen und den von den zugeteilten Bausparern verlangten Darlehnszinsen ergeben. Den aussergewöhnlich günstigen Erträgnissen des Geschäfts steht nach wie vor ein Stammkapital von nur 110 ooo Mark gegenüber. Gute Gewinne auf Kosten der Sparer trotz schlechter Zeiten!

Dr. Brockschmidt.

SPD. Ueber einen neuen Petschek=Skandal wird uns aus Oberschlesien u.a. folgendes geschrieben: Vor einigen Tagen hat bei der Petschekschen Kohlenhandelsgesellschaft Fulmen in Kattowitz eine Haussuchung stattgefunden, die gemeinsam von Vertretern der Polizei=, Finanz= und Gerichtsbehörden durchgeführt wurde. Die Haussuchung wurde vom Oberstaatsanwalt bei dem Kattowitzer Landgericht Dr. Tokarski und dem Oberkommissar der Grenzbezirkspolizei Skibinski persönlich geleitet. Es wurde eine Anzahl von Büchern und Schriften beschlagnahmt, die zurzeit einer eingehenden Prüfung durch die Behörden unterzogen werden. Das Ermittlungsverfahren, mit dessen Durchführung Oberkommissar Skibinski beauftragt worden ist, dauert an. Währenddessen bleibt ein Teil der Büros der Fulmen polizeilich versiegelt. Ueber die Gründe und das vorläufige Ergebnis des neuen Verfahrens ist, da dieses streng geheim gehalten wird, einstweilen nichts zu erfahren. Doch ist anzunehmen, dass auch das neue Verfahren im Zusammenhang mit den Geschäftsmethoden Petscheks steht, durch welche sich die Fulmen ungerechtfertigte Vorteile auf Kosten der von Petschek im gemeinsamen Pool mit der Hohenloheschen Verwaltung beherrschten Hohenlohe A.G. verschafft und diese Vorteile durch falsche Buchungen verschleiert hat. Auf Ersuchen der Direktion der Fulmen ist bereits am 10. Mai das Mitglied des polnischen Senats Rechtsanwalt Perzynski in Kattowitz eingetroffen, der schon in einem früheren Strafverfahren gegen die Direktion der Fulmen als Anwalt interveniert hat.

Ruhig und rückläufig.

(Berliner Getreidebörse vom 28.Mai.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend sehr ruhigen Verkehr. Namentlich in Roggen kamen nur wenig Umsätze zustande, sodass am Markte der Zeitgeschäfte lediglich der September und zwar um eine Mark schwächer notiert werden konnte. Auch in prompter Ware war Angebot und Nachfrage gleich gering. In Weizen war das Angebot in prompter Ware gleichfalls knapp; jedoch konnte auch dieses wenige Material nur schwer Absatz finden. Hier blieb die Notiz unverändert, während Weizen zur Julilieferung um 1½ Mark zurückging. Dagegen konnten sich die Herbstlieferungen sehr gut halten. Am Mehlmarkt fanden nur die allernotwendigsten Bedarfsdeckungskäufe in beiden Sorten statt. Preisänderungen ergaben sich hierbei nicht. Auch die Haferpreise blieben unverändert. Jedoch zu festzustellen, dass hier bei geringer Nachfrage das Angebot stärker geworden ist.

	27.Mai	28.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	269 - 271	269 - 271
Roggen	196 - 198	196 - 198
Braugerste	186 - 193	185 - 193
Futter= und Industriegerste	178 - 185	177 - 184
Hafer	160 - 163	160 - 163
Weizenmehl	32,00 - 35,50	32,00 - 35,50
Roggenmehl	25,75 - 27,70	25,75 - 27,70
Weizenkleie	11,25 - 11,75	10,75 - 11,25
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,00 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 279 (Vortag 279), Juli 272 (273½), September 228½ (228¼) Roggen September 180 (181), Hafer Mai 173½ (174½), Juli 175½ (176½).

Gemüsemarkt.

SPD. Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 28.Mai, RM je 50 kg einschl. Fracht Spesen und Provision.) Kohlrabi Freiland Schock 1.25 - 3, Radieschen Schockbund 1 - 1,25, Meerrettich 50 kg 40bis 50, Sellerie gewaschen Schock 22 - 30, Porree je nach Grösse 1,50 - 4, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 - 5, do. mit Wurzel 50 kg 6 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 3 - 6, do. Dresdener Schock 6 - 8, Spinat 50 kg 3,50 - 6, Gurken Freiland 100 Stock. 10 - 28, do. holländ. 20 - 32, Spargel I gebündelt 50 kg 30 - 35, do. II 16 - 22, do. III 8 - 10, grüne Bohnen ital.br. 40-45, Schoten ital. 12-16, Tomaten Treibhaus 55-60, do.holländ. Treibhaus 50-56, do. canar.Kiste 3.50 - 5,50, Rhabarber Freiland 50 kg 1,50 - 2.

SPD. Der bekannte Baukonzern Philipp Holzmann setzt seine Dividende von 8 auf 6 % herab. Die Abschreibungen sind im Konzern stark erhöht worden, die Abschreibungen auf Geräte und Anlagen allein von 270 000 im vorigen Jahr auf 995 000 Mark. Der Konzern hat das Bestreben, möglichst hohe Reserven für mögliche Verluste zu schaffen. Dahin gehört auch die Einziehung von 1,1 Millionen Mark eignen Aktien, wodurch sich das Kapital bei Philipp Holzmann auf 19 Millionen Mark ermässigt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Terror in Coburg.

Wie geht es den Arbeitern im Dritten Reich?

SPD. Seit 1928 regiert im Rathaus zu Coburg eine nationalsozialistische Mehrheit gegen die Arbeiterschaft. Eine der ersten Tagen der Nazi-"Arbeiterpartei" in Coburg war, dass fünf Arbeiter - Mitglieder des Gesamtverbandes - aus den städtischen Betrieben hinausgeworfen wurden. Man stellte dafür vier Nazis und zwei Stahlhelmer ein. Der Gesamtverband setzte sich zur Wehr, und die Heldentat der Nazis gegen freiorganisierte Arbeiter kostete die Stadt Coburg 300 Mark und die Kosten der Verhandlungen vor zwei Instanzen.

Die Nazis versuchten trotzdem weiter, die Arbeiter zu terrorisieren. Sie entliessen den freigewerkschaftlich organisierten Bademeister Bernreuther, der bei der Stadt nahezu vier Jahre tätig war wegen - "Arbeitsmangel". Nach seiner Entlassung wurden aber zwei neue Leute eingestellt, die selbstverständlich das braune Parteibucg in der Tasche hatten. Der Gesamtverband liess abermals nicht mit sich spassen. Er erwirkte ein Urteil auf Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigungssumme von 400 Mark. Und wiederum griff der Nazimagistrat in den Säckel und zahlte aus - Steuergeldern die 400 Mark und dazu noch die Kosten der Klage.

Die Wut des Nazi-Bürgermeisters Schwede kannte keine Grenzen. Er versuchte nun einen andern Gewerkschafter zu treffen. Der Freigewerkschafter Roth, der von den Arbeitern beim städtischen Bauamt zum Betriebsrat gewählt war, wurde entlassen. Der Grund? Weil er eines Tages zu seinem Frühstück in der Schlachthofkantine ein - Glas Bier getrunken habe. Abermals hatte jedoch der Nazi-Schwede die Rechnung ohne den Gesamtverband gemacht. Der Verband verhalf dem gemassregelten Arbeiter zu seinem Recht. Die Stadt wurde verurteilt, den Lohn nachzuzahlen und den Arbeiter weiter zu beschäftigen. Nun wollte der Nazi-Bürgermeister wenigstens das eine erreichen, dass Roth die Kosten des städtischen Prozesses bezahle; auch wurde Roth um zwei Lohnklassen zurückgesetzt. Von neuem holte sich jedoch der Nazi-Magistrat eine Niederlage. Er wurde gezwungen, Roth nach der alten Lohnklasse weiter zu beschäftigen.

Jetzt holte der Nazi-Magistrat zu einem grossen Schlag aus. Am Pfingstdienstag erhielten von den 74 beim städtischen Bauamt beschäftigten Personen 42 die Kündigung; darunter waren sämtliche dem Gesamtverband angehörenden Betriebsräte. Unter den Entlassenen befinden sich 10 Mann mit über zehn Jahren Dienstzeit, ja Arbeiter mit 18 bis 24 Dienstjahren. Die Arbeit, die bisher von 74 Arbeitern ausgeführt wurde, soll künftig von 32 erledigt werden. Ebenso hat der Nazimagistrat von den 114 Arbeitern der städtischen Versorgungsbetriebe jetzt 17 auf die Strasse geworfen. Anscheinend will er anstelle der Entlassenen nationalsozialistische Wohlfahrtserwerbslose beschäftigen. Das würde der Stadtkasse nebenbei auf Kosten der Entlassenen eine kleine Entlastung bringen und die nationalsozialistischen Arbeitslosen etwas beruhigen, die darüber empört sind, dass die Diäten in Nazi-Coburg allein in diesem Jahr von 3 120 auf 5 340 Mark erhöht wurden.

Der Gesamtverband wird auch diesem Schlag des Nazi-Magistrats gegen die Arbeiter zu begegnen wissen.

Ueber Nazi-Coburg sind bei den letzten Wahlkämpfen im Reich die rührseligsten Märchen von den Hitler-Propagandisten verbreitet worden. Wenn man

die Hitler-Propaganda hörte, dann musste man glauben, dass es den Arbeitslosen im nationalsozialistischen Coburg geradezu grossartig gehe. Tatsächlich zahlt jedoch Coburg die niedrigste Wohlfahrtsunterstützung von ganz Bayern. Ein Teil der Wohlfahrtserwerbslosen wird - vornehmlich mit Bauarbeiten - beschäftigt, aber zu einem Stundenlohn, der 17 Pfennig unter dem Tariflohn der Maurer liegt. Auch zu diesen Arbeiten werden natürlich in erster Linie Nationalsozialisten herangezogen. Kommunisten erhalten überhaupt keine Arbeit. Frauen werden grundsätzlich nicht beschäftigt, wenn auch zu Hause in der Familie noch so grosse Not herrscht. Ein neuer Abbau der Wohlfahrtsunterstützungssätze ist bereits vorbereitet. Während verantwortungsbewusste Gemeinden in ihren Haushaltsplan mindestens die Summe des Vorjahres für Wohlfahrtsausgaben einsetzen, hat Coburg diesen Posten um fünf Prozent gekürzt, sodass der Magistrat bald zum Abbau der Unterstützungssätze "gezwungen" ist.

Auch die Beamten und der Mittelstand, die sich vielfach einbilden, dass es ihnen unter einem Naziregime besser geht, sollten nach Coburg blicken. Unter dem Naziregime ist dort die Zahl der Gerichtsvollzieger von 2 auf 8 gestiegen. Und die Besoldung der Beamten? Im neuen Haushaltsplan Coburgs sind für Besoldung der Beamten und Angestellten 455 500 Mark eingesetzt und gleichzeitig wird darin freudig als Einnahme verbucht: "Gehaltskürzung der städtischen Beamten und Angestellten 230 000 Mark." Wem diese Zahlen ungeheuerlich erscheinen, möge sieim Coburger Haushaltsplan nachlesen!

Coburg muss für jeden Arbeiter,Angestellten und Beamten eine ernste Mahnung sein. Coburg zeigt,dass ein Nazi-Regiment nichts anderes bedeutet als Niederknüppelung aller nicht auf Hitler schwörenden Arbeiter durch Hunger. Das ist die neue Freiheit, die Herr Hitler versprochen hat. Coburg zeigt aber auch, dass jeder Arbeiter,der sich nicht zur Nazikreatur erniedrigen lasser, sondern ein freier Mann bleiben will, nur Hilfe bei der Gewerkschaft findet.

SPD. In Stuttgart traten am Sonnabend die Gau- und Bezirksleiter der freien Gewerkschaften Südwestdeutschlands im Gewerkschaftshaus zu einer bedeutsamen Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der vom südwestdeutschen Bezirksleiter des ADGB Weimar-Stuttgart geleiteten Tagung stand die Stellungnahme der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Situation und zu den nationalsozialistischen Wühlereien in den Betrieben. Der Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB Dr. Broeker gab eine, von solider Sachkunde getragene,überaus anschauliche und packende Darstellung der brennenden Probleme der Sozialpolitik.Sein Vortrag war eine an die Reichsregierung gerichtete scharfe Warnung, und man darf wohl erwarten,dass dieser Warnungsruf aus Stuttgart in Berlin gehört wird.Der Grundakkord dieses Warnungsrufs ist von unverkennbarem Ernst: das Mass des Unerträglichen ist voll.

Bei den Defiziten,die sich fast in allen Zweigen der Sozialversicherung ergeben - führte Dr.Broeker aus - handelt es sich keineswegs um eine Auswirkung des Sozialversicherungs="Systems",sondern hier treten die natürlichen Folgen der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaus auf. Die Lage des am schärfsten umstrittenen Versicherungszweiges, nämlich der Arbeitslosenversicherung,ist, wenigstens wenn man sie für sich betrachtet, augenblicklich keineswegs ungünstig. Gewiss hat eine starke Abwanderung der Unterstützten zur Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege stattgefunden. Das rechtfertigt aber noch lange nicht die Absicht der Regierung, nun mit Hilfe der Versicherungsmittel das Defizit der Gemeinden zu decken, das in erster Linie dadurch entstand,dass das Reich seine Verpflichtungen gegenüber den Ausgesteuerten nicht erfüllt hat. Die Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung,die man nach den Plänen der Reichsregierung der Krisenfürsorge und den Gemeinden zuführen will,könnten nur mit

einer ungeheuren Kürzung der Versicherungsleistung erzielt werden. Die Unterstützungsdauer will man von 20 auf 13 Wochen verkürzen und die Unterstutzungssätze um 20 bis 50 Prozent herabsetzen, um so die Gesamtjahresleistung der Versicherung von 1200 Millionen um 400 zu verringern. Trotzdem soll der 6½%ige Beitrag weiter erhoben werden und überdies auch noch eine 1½%ige Beschäftigungsteuer hinzutreten. Die Arbeitnehmer würden also die doppelte Last der Leistungskürzung und der Steuer- und Beitragszahlung zu tragen haben.

Auch in der Invalidenversicherung scheint man ähnliche Wege gehen zu wollen, um den monatlichen Fehlbetrag von 28 Millionen zu decken. Soweit wie bisher bekannt wurde, kann man mit Kürzung der Invalidenrente um 6, der Witwenrente um 5 und der Waisenrente um 4 Mark rechnen. Ein Abbau ist auch auf de Gebiet der Knappschafts- und der Angestelltenversicherung geplant. Von der Kranken- und Unfallversicherung abgesehen, deren Leistungen ja bereits beträchtlich gekürzt wurden, soll also scheinbar die gesamte Sozialversicherung neuen gewaltigen Eingriffen ausgesetzt werden.

Die schonungslose Aktivität, die die Regierung auf diesem Gebiet entwickelt, steht in einem krassen Gegensatz zu ihrer Passivität in allen Fragen, die eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen könnten und allein an die Wurzel des Uebels heranreichen. Auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung ist bisher trotz aller Versprechungen nichts geschehen. Wohl wurden einige Entwürfe für Verordnungen ausgearbeitet. Diese muss man aber als völlig unzulänglich, ja geradezu gefährlich bezeichnen; denn danach will man in die Verkürzung vor allem Gewerbezweige einbeziehen, in denen bereits starke Kurzarbeit zu verzeichnen ist. Nur eine allgemeine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, die unterschiedslos alle Gebiete ergreift, kann erfolgreich sein. Nach den Berechnungen des ADGB könnten dann etwa 700 000 Arbeiter wieder Beschäftigung finden. Allerdings schliesst eine solche Verkürzung der Arbeitszeit immer schwerere Opfer der Arbeitnehmer in sich, wenn die Regierung ihre Politik des Lohnabbaus weiterhin fortsetzt.

Der Eindruck verstärkt sich, dass die Regierung die Ueberlegenheit der Arbeitgeber, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergibt, nicht einzuengen gedenkt; denn es ist weder eine gesetzliche Verlängerung der Tarifverträge erfolgt noch sind die Schlichter zum Schutz der Arbeitnehmer aufgetreten. Das Reichsarbeitsministerium hat durch seine Zauder-Taktik vielfach den Weg zu einem einseitigen Diktat der Arbeitgeber im Lohn frei gemacht. Ungeheuer sind vor allem die Angriffe der Arbeitgeber im Baugewerbe, wo z.B. der Maurerlohn auf 85 bis 45 Pfennig gesunken ist und bei den Malern Kürzungen von 30 bis 40 Pfennig zu verzeichnen sind. Offensichtlich soll hier das freie Spiel der Kräfte mit allen Bindungen aufräumen. Die zwangsläufigen Folgen sind nicht nur eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft, sondern auch weitere Steuer- und Beitragsausfälle und als deren Konsequenzen weitere Kürzungen aller öffentlichen und sozialen Leistungen. In diesem ewigen Zirkel lässt die Regierung jeden hoffnungsvollen Ausblick vermissen.

Ohne eine Lösung der entscheidenden Frage, nämlich der Frage der Arbeitsbeschaffung, ist ein Ausweg nicht zu finden. Es ist falsch, über die Fragen der Aussenpolitik die brennendsten Fragen, die sich aus der unmittelbaren Not des Volkes ergeben, zu vernachlässigen. Wenn die Arbeitsbeschaffung auch nicht die Krise beheben kann, namentlich so weit sie international bedingt ist, so kann doch das Vertrauen der Arbeiterschaft nur dann gestärkt, kann politische Beruhigung nur dann geschaffen werden, wenn weithin sichtbar alle Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung ausgeschöpft werden. Falsch ist, Einrichtungen, denen in erster Linie nur eine psychologische und pädagogische Bedeutung zukommt, in den Mittelpunkt der Arbeitsbeschaffung stellen zu wollen. Das gilt vor allem für den freiwilligen Arbeitsdienst. Man wird diesem Problem nur dann gerecht, wenn man es von der Frage der Arbeitsbeschaffung trennt; denn der freiwillige Arbeitsdienst schafft weder neues Einkommen noch neue Steuerzahler und-

Beitragszahler. Er kann, wenn man ihn von politischer Beeinflussung frei hält und auf unzweifelhaft zusätzliche Beschäftigungen beschränkt, für die arbeitslose Jugend von grosser Bedeutung sein, weil er sie von der demoralisierenden Untätigkeit befreit. Ebenso muss ernsthaft geprüft werden, ob nicht ohne Gefährdung des Arbeitsmarktes der freiwillige Arbeitsdienst zu einer auf die Arbeitslosen beschränkten Gegenseitigkeitshilfe ausgebaut werden kann. Auch an die vorstädtische Kleinsiedlung wie an die landwirtschaftliche Siedlung darf man keine übertriebenen Hoffnungen knüpfen. Ein "krisenfester" Arbeiter kann nur dort existieren, wo die ganze Wirtschaft selbst wieder krisenfest geworden ist.

Dem rein negativen und in ungewöhnlichen Mass unsozialen Programm der Reichsregierung setzen die Gewerkschaften das positive Arbeitsbeschaffungsprogramm des Krisenkongresses des ADGB gegenüber. Die Bedenken, die man gegen dieses Programm angeführt hat, sind viel weniger überzeugend, als die Einwände, die jedermann gegen die Untätigkeit der Regierung erheben muss. Ein mutiges Handeln zur rechten Zeit ist wahrscheinlich weniger gefährlich als Resignation. Man kann nicht darauf warten, bis eine Lösung aus der Entwicklung von selbst hervorgeht. Denn viel spricht dafür, dass die Wirtschaft sich in einem Stadium grundsätzlicher Wandlung befindet. Darum muss die Arbeiterschaft heute gegenüber allen reaktionären Kräften umso lauter ihr Bekenntnis zur Umgestaltung der Wirtschaft im sozialen Sinne wiederholen. Die gesamte Arbeiterschaft muss einmütig von der Regierung verlangen, abzulassen von der einseitigen Belastung und Entrechtung der Arbeitnehmer und Arbeitslosen. Die Regierung muss endlich ihren Verpflichtungen eingedenk werden, die sie jenen gegenüber trägt, die bisher stets die einzigen Stützen des Staates gewesen sind.

Im Anschluss an den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag Dr. Broeckers fasste der Vorsitzende, Bezirkssekretär Weimer, die einmütige Auffassung der Konferenz zusammen, in dem dringenden Appell an die Reichsregierung, die Geduld der Arbeiterschaft keiner unmöglichen Belastungsprobe auszusetzen.

Der Abschluss der Tagung bestand in einer Beleuchtung der nationalsozialistischen Minierarbeit in den Betrieben.

SPD. Die Frage der Nachfolge von Albert Thomas, dem verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wird bereits in der deutschen Presse erörtert. Merkwürdigerweise sind diese Eröterungen fast alle auf nur auf den Gründen gestimmt, diese Nachfolge sei eine hochpolitische Angelegenheit. Gewiss, das ist sie, aber das ist nicht der entscheidende Gesichtspunkt. Ausschlaggebend kann bei der Regelung der Nachfolge von Albert Thomas nur die Tatsache sein, dass der künftige Leiter des Internationalen Arbeitsamtes das volle Vertrauen der internationalen organisierten Arbeiterschaft haben muss. Diese Tatsache, auf die bereits in der "Frankfurter Zeitung" hingewiesen wurde, wird jetzt auch von der "Gewerkschaftszeitung", dem Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, mit Nachdruck unterstrichen. "Nachfolger von Albert Thomas", so sagt die Gewerkschaftszeitung, "kann nur werden, wer das unbeschränkte Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hat. Diese Voraussetzung ist eine Selbstverständlichkeit. Man kann sie geschichtlich untermauern mit der Entstehungsgeschichte der Internationalen Arbeitsorganisation. Sie ergibt sich aber auch aus dem ganzen Aufgabengebiet und der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Dieses ist eine Einrichtung, geschaffen für den internationalen Arbeiterschutz und für das internationale Arbeitsrecht im weitesten Sinne zu Gunsten der Arbeitnehmer aller Länder."